

Bürgerinitiative vermisst "demokratische Politik"

Übersee - Nach der Ablehnung des Bürgerbegehrens "zum möglichst naturnahen Erhalt des Chiemseeufers in der Feldwieser Bucht ohne weitere Gastronomie- und Hotelausbauten" wegen Unzulässigkeit (wir berichteten ausführlich), hat sich nun die Bürgerinitiative gegenüber der Chiemgau-Zeitung zu Wort gemeldet. Deren Sprecherin Lisa Hillermeier kritisiert vor allem die "wenig bürgernahe und demokratische Gemeindepolitik".

Bauvolumen könnte sich versechsfachen

Vor allem wandte sich die Mitinitiatorin des Bürgerbegehrens gegen den Hauptgrund der Ablehnung, dass nämlich die Fragestellung zum Bürgerbegehren für die Gemeinde zu wenig Spielraum für ein rechtmäßiges Abwägungsergebnis enthalte. "Hier könnte man auch fragen, welcher Handlungsspielraum der Mitsprache ist den 23 Prozent der stimmberechtigten Bürger, die dieses Begehren unterzeichnet haben, jetzt noch verblieben?"

Zum zweiten möglichen Grund für die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens, den etwaigen Schadensersatzforderungen zwischen zwei und 2,8 Millionen Euro an die Gemeinde, meinte die Sprecherin, "man hätte zwingend hinterfragen müssen, wie diese hohen Summen zustande kommen. Sollten sie zutreffen, zeigen sie, welche hohen Werte hier für die Wirte am See geschaffen worden wären. Warum hat die Gemeinde dann eigentlich nicht angemessen partizipiert, um durch mögliche Erlöse ihre Schulden abzubauen?"

Um der Annahme der Übertreibung der Bürgerinitiative von einigen Bürgern entgegen zu steuern, rief Hillermeier noch einmal in Erinnerung, dass sich das Bauvolumen der "Seewirtschaft" durch den rechtskräftigen Bebauungsplan versechsfachen könnte, sollte das volle Baufenster genutzt werden. Noch massiver sei das Baufenster für den möglichen Gebäudekomplex des "Chiemgauhofs" von 2500 Quadratmetern angesetzt.

Nach den Worten der Sprecherin sei bei der Bürgerinitiative besonders befremdlich der Beifall etwa der Hälfte der Bürger in der Gemeinderatssitzung nach der Ablehnung des Bürgerbegehrens angekommen. Immerhin sei damit auch das grundsätzliche demokratische Mitspracherecht abgelehnt worden.

Mehr bei Kurbeiträge kein Argument

Auch die von den Gemeindevertretern ins Feld geführte notwendige touristische Entwicklung einschließlich der wichtigen Einnahmen von Kurbeiträgen wollte Hillermeier als Argument nicht stehen lassen.

Sie bewertete diese möglichen Mehreinnahmen als verhältnismäßig gering gegenüber beispielsweise den Einnahmen des Reggae Festes, das die Bevölkerung trotz diverser Einschränkungen mittrage.